

## STEFAN BOLLINGER

# PDS-Programmatik und das Schlüsseljahr 1989

Soll in einem Parteiprogramm, das auf die Zukunft orientiert, Geschichte, darunter nicht zuletzt die Situation, aus der die ein neues Programm suchende Partei hervorging, behandelt werden? Widersinn oder Notwendigkeit? Die Debatten um eine Koalition von SPD und PDS in Berlin haben gezeigt, daß für eine sich sozialistisch verstehende Partei, die nicht nur mit einem historischen Erbe belastet ist, sondern auch an einem gesellschaftsverändernden Anspruch festhält, eine Entlassung aus der Geschichte nicht zu haben ist. Bislang reduzieren sich die Auseinandersetzungen auf ein mehr oder minder verklausuliertes Verteidigen *oder* Abschwören dieser Vergangenheit. »Kühne« PDS-Politiker möchten sich am liebsten immer wieder entschuldigen und vergessen dabei, daß dies mit dem Außerordentlichen Parteitag der SED im Dezember 1989 bereits geschehen ist. Sie begreifen kaum, daß Schuldeingeständnis das eine ist, die Frage nach den Ursachen für Schuld und erst recht das Entschulden durch die Betroffenen etwas anderes sind.

Stefan Bollinger – Jg. 1954; Dr. sc. phil., Politikwissenschaftler; Lehrbeauftragter an der Freien Universität Berlin; engagiert in ost-deutschen Wissenschaftszusammenhängen; hauptberuflich Dozent in der Erwachsenenbildung. Wichtige Publikationen zum Thema: Die DDR kann nicht über Stalins Schatten springen. Reformen im Kalten Krieg – SED zwischen NÖS und Prager Frühling (1993); Dritter Weg zwischen den Blöcken? Prager Frühling 1968 (1995); Konflikte, Krisen und politische Stabilität in der DDR (1996); 1989 – eine abgebrochene Revolution. Verbaute Wege nicht nur zu einer besseren DDR? (1999)

### *Lernen aus der Geschichte?*

Stärker als in den bisherigen Entwürfen ist eine Einbindung der aktuellen politischen Zielsetzungen und Zukunftsvisionen in den historischen Erfahrungszusammenhang der deutschen wie internationalen Linken vorzunehmen. Das Verarbeiten historischer Erfahrungen ist für Linke keine abstrakte Fragestellung, sondern, trotz aller Relativierungen und Pluralisierungen marxistischen Denkens, notwendiger und auch erwarteter Teil von Programmarbeit. Dazu gehören zwangsläufig eine schonungslose Analyse und Kritik der bestehenden kapitalistischen Verhältnisse, die durch eine linke, sozialistische Politik verändert werden sollen.

Im favorisierten Programmwurf wird nachdrücklich auf die vielfach uneingelösten Verfassungsprinzipien des westdeutschen, nun gesamtdeutschen Grundgesetzes zurückgegriffen. Dagegen ist nichts zu sagen. Aber es sollte auch ein Verfassungsdokument herangezogen werden, in dem wesentliche linke, sozialistische wie radikaldemokratische Erfahrungen ihren Niederschlag fanden – mit Beiträgen aus der Noch-DDR ebenso wie aus der damaligen BRD. Am 6. April 1990 legte die entsprechende Arbeitsgruppe des Zentralen Runden Tisches der DDR einen Verfassungsentwurf vor, in dem in sich geschlossen die Grundzüge einer demokratischen, durchaus sozialistischen Gesellschaft auf deutschem Boden mit Relevanz für ganz Deutschland fixiert wurden. Nicht umsonst schrieb Christa

Wolf in die Präambel: »Ausgehend von den humanistischen Traditionen, zu welchen die besten Frauen und Männer aller Schichten unseres Volkes beigetragen haben, eingedenk der Verantwortung aller Deutschen für ihre Geschichte und deren Folgen, gewillt, als friedliche, gleichberechtigte Partner in der Gemeinschaft der Völker zu leben, am Einigungsprozeß Europas beteiligt, in dessen Verlauf auch das deutsche Volk seine staatliche Einheit schaffen wird, überzeugt, daß die Möglichkeit zu selbstbestimmten verantwortlichen Handeln höchste Freiheit ist, gründend auf der revolutionären Erneuerung, entschlossen, ein demokratisches und solidarisches Gemeinwesen zu entwickeln, das Würde und Freiheit des einzelnen sichert, gleiches Recht für alle gewährleistet, die Gleichstellung der Geschlechter verbürgt und unsere natürliche Umwelt schützt, geben sich die Bürgerinnen und Bürger der Deutschen Demokratischen Republik diese Verfassung.«

Der Bezug auf das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, das unter kaum weniger kontroversen und klassenkämpferischen Bedingungen entstand, bedarf der Ergänzung durch einen Bezug auf den erfolgreich-aussichtslosen Endpunkt der DDR. Denn – im auch von der PDS mitgeschriebenen – Verfassungsentwurf des Runden Tisches wurden wesentliche Lehren eines gescheiterten Sozialismusversuchs auf deutschem Boden und einer eingeleiteten prosozialistischen, demokratischen Reform verankert. Erinnerung sei an die Verknüpfung staatsbürgerlicher Freiheiten mit sozialen Grundrechten, an die basisdemokratische Erweiterung des parlamentarisch-pluralistischen politischen Systems oder eine starke Mitbestimmung der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften.

#### *Die Crux der »Wende«*

Weit schwieriger als ein solcher positiver Bezug auf ein weitgehend unstrittiges, durch das Abschwenken der damaligen Koalitionsparteien wirkungslos gebliebenes Dokument ist natürlich das Problem der Einordnung und der Wertung der Ereignisse von 1989 bis 1991 in der DDR und Osteuropa. Hier bieten alle vorhandenen Programm-entwürfe ein letztlich unentschlossenes Bild. Die Kritik am bis dato bestehenden Realsozialismus ist als solche unstrittig, die Benennung der Tiefe der Verwerfungen und der notwendigen Überwindung fällt aber ebenso schwer wie die Charakterisierung dessen, was der »Sozialismus in den Farben der DDR« überhaupt gewesen ist. Einigkeit besteht hinsichtlich der Betonung, daß die PDS letztlich Resultat dieser Prozesse war, der Entwurf I betont deutlich die antistalinistische Ausrichtung.

Aber allen Programm-entwürfen mangelt es an Bereitschaft, die – von einem Großteil der Mitgliedschaft bezweifelte – Notwendigkeit einer revolutionären Überwindung des Staatssozialismus auszusprechen und den Umbruch von 1989 zu verteidigen. Und das, obwohl das aktive Eingreifen der SED-Reformer und vor allem der SED-Basis zum Sturz ihrer eigenen Führung und zur Begründung der PDS führten. Denn für die Mehrzahl der Mitglieder scheint damit das Infragestellen ihrer eigenen Biographien ebenso verbunden zu sein wie eine Ausklammerung des von der Bundesrepublik ausgehenden Prozesses der Enteignung der Ostdeutschen von ihrer Revolution,

ihren Arbeitsstellen, großer Teile ihres Eigentums und ihrer Biographien.

In der westdeutschen Gesellschaft wiederum ist das Bekenntnis zum demokratischen Aufbruch im Herbst 1989 die geringste Forderung, die der PDS hinsichtlich ihrer Vergangenheitsbewältigung abverlangt wird. Für die konkurrierenden politischen Kräfte ist anderes ausschlaggebend: die Übernahme von Verantwortung für die von vielen als Zwangsvereinigung erfahrene Bildung der SED inklusive Entschuldigung, für die Niederschlagung des Arbeiteraufstandes am 17. Juni 1953, für den Mauerbau 1961 und für die Gesamtheit der SED-Politik. Viele PDS-Politiker gehen darauf ein.

### *Programm und Geschichtspolitik*

Eine solche Reduktion zeugt von einem Mißverständnis der eigenen geschichtsphilosophischen Wurzeln, von einem Preisgeben eigener politischer Positionen – nicht zuletzt im Koalitionsgeschäft, wenngleich dies sicherlich ein Nebenkriegsschauplatz ist. Vor allem aber zeugt es davon, daß die PDS im Unterschied zu den anderen politischen Kräften dieses Landes immer noch Opfer ihrer eigenen verhängnisvollen Geschichte ist. Sie ist bis heute kaum willens, eine eigene Geschichtspolitik offensiv zu betreiben. Praktisch schwankt sie zwischen gelegentlicher nostalgischer Verklärung realsozialistischer Zeiten – vor allem in Teilen der Mitgliedschaft – und einer überzogenen Übernahme von Verantwortung und ständig wiederholten Reuegesten für die Verbrechen und Fehler des Staatssozialismus, tendenziell auch für die in der DDR unvollkommen, deformiert und mißbraucht verwirklichten sozialistischen Ideale der Arbeiterbewegung und anderer demokratischer Kräfte, wobei die harte, von beiden Seiten betriebene Systemauseinandersetzung oft vergessen wird.

Nicht zu übersehen ist in allen Entwürfen das völlige Ausblenden der deutschen Einheit. Durch ihr mehr oder minder begeistertes antinationales Antichambrieren und ihren alleinigen Bezug auf eine europäische Perspektive ist ein Loch im geschichtlichen Selbstverständnis der PDS als deutscher linker Partei mit internationalistischem Anspruch entstanden. Das ist um so verheerender, weil diese Partei ihren politischen Kampf heute und morgen auf deutschem Boden zu führen hat.

### *Herbst 1989 und PDS*

Das Jahr 1989 und der demokratisch-sozialistische Aufbruch in der DDR-Gesellschaft mit den Bürgerbewegungen und den Reformbestrebungen in der SED, die zum Sturz des SED-Regimes und zu einer demokratischen Erneuerung der DDR führten und die Chance für eine demokratisch-sozialistische DDR zumindest kurzzeitig boten, gehören zu den unverzichtbaren Gründungsgrundlagen der PDS. Auf dem Außerordentlichen Parteitag hieß es kurz und schneidend: »Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System«. Dabei ist es zunächst unerheblich, wie der Zusammenbruch der DDR und des »alten«, »administrativ-zentralistischen«, »stalinistischen«, »spätstalinistischen« oder »spättotalitären« Systems bezeichnet wird, ob als »Revolution« (in meinem Verständnis bis zum Fall der Mauer und dem Eintreten des westdeutschen Akteurs in

die inneren Auseinandersetzungen), als »revolutionärer Aufbruch«, »revolutionäre Situation«, »Implosion« oder auch nur als »Wende«. Entscheidend für ein aktives Geschichtsverständnis und eine entsprechende Politik der PDS ist die Anerkennung der notwendigen Überwindung der stalinistischen Strukturen, die eine Verwirklichung der sozialistischen wie humanistischen Ideale verhinderten.

Es ist eine Frage der theoretischen Einsicht und Bewertung des Geschehenen und vor allem danach, wie es weitergehen soll. Ein »Geschlagen ziehen wir nach Haus, unsere Enkel fechten's besser aus« wird es unter diesen Prämissen nicht geben. Wir brauchen eine Totalkritik des Realsozialismus, eines Staatssozialismus mit autoritärem, paternalistischem und patriarchalem Charakter, der auch über totalitäre, zumindest zu Stalins Lebzeiten über offen terroristische Züge verfügte. Viele aktive Bürger, SED-Mitglieder, auch Politiker haben versucht, diese Gesellschaft mit Idealen und Engagement zu gestalten. Sie sahen manches, was wohl nicht so gut war, aber sie hielten das für Einzelfehler, Schwachpunkte, »Muttermale der alten Gesellschaft«, für Folgen der scharfen Systemauseinandersetzung – was sie teilweise durchaus auch waren. Aber das von Stalin begründete System zerstörte das Wesen von Sozialismus, seine demokratisch-emanzipatorische Ausrichtung, seine notwendige Weiterentwicklung. Kritik, Selbstkritik, letztlich Demokratie als Lebensnotwendigkeiten wurden faktisch ausgeschaltet. Daß sie dazugehören, stand zum Schluß eben nur bei den Klassikern, in Lehrbüchern und in den Parteitagsreferaten, durfte aber faktisch in allen Grundsatzfragen nicht gelebt werden.

1989 fand eine Revolution für einen grundlegenden Modellwechsel des praktizierten Sozialismus, für seine Demokratisierung statt. Meines Erachtens war es eine Revolution (oder eine Reform, eine Erneuerung) für einen »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« – genauso wie der Prager Frühling 1968. Hierin waren sich die meisten Bürgerbewegten, die SED-Reformer und die zunehmend selbst aktiv werdenden SED-Mitglieder durchaus einig. Das bestimmte die Demonstrationen im Oktober und Anfang November 1989, die sich vornehmlich auf die sowjetische Perestrojka orientierten. Es ist daran zu erinnern, daß seit 1986/87 in diesem Aufbruch in eine aktive Subjektrolle viele SED-Mitglieder die eigenen Ideale wiederfanden.

Natürlich hat, wie wir wissen, diese Wende, diese Revolution, in der konkreten historischen Situation aus mehrerlei Gründen ihren denkbaren, aber nicht zwangsläufigen Erfolg verwirkt. Dieser Aufbruch kam um Jahrzehnte zu spät, weil schon in den sechziger/siebziger Jahren – unter den Bedingungen einer Produktivkraft- und Technologierevolution – die Individuen in der Produktion und in der Gesellschaft auf neue Weise gefordert waren. Benötigt wurde in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik ihre Gestaltungskraft, deren Entfaltung durch die bürokratisch-administrativen Strukturen jedoch immer stärker blockiert wurde. Die Neuansätze wurden in der DDR mit der Beendigung der NÖS – wie zuvor und in noch viel weitergehender Form mit der gewaltsamen Unterdrückung des Prager Frühlings – dauerhaft zerschlagen.

Erst in dem Moment, als die östliche Super- und Führungsmacht mit noch größerer Verspätung die Problemlage zur Kenntnis nahm

und überfällige, aber unvollkommene Reformen in Gestalt der Perestrojka unsystematisch und inkonsequent in Angriff nahm, konnte der Rest des Ostblocks für sich selbst einen solchen Neubeginn versuchen und realisieren.

Die äußeren Umstände für den ganzen Ostblock, aber in besonderem Maße für die DDR sorgten dafür, daß der Aufbruch 1989 sehr rasch zum Scheitern gebracht wurde. Aus Sicht des Westens war es weniger die Chance für eine Erneuerung des bisherigen Systemgegners als vielmehr der Glücksfall, diesen Konkurrenten im Ergebnis der aus dem Ruder gleitenden Reformen und der eigenen aktiven Einflußnahme als Gegner auszuschalten und die eigenen, kapitalistischen Verhältnisse anzudienen. In der DDR vollzog sich dies nach der überfälligen – durchaus nicht nur als historischer Irrtum, sondern auch als »revolutionäre« Massenaktion sich vollziehende – Grenzöffnung zum anderen Teil Deutschlands.

### *Was war die DDR?*

Für unser Thema erhebt sich damit naturgemäß die Frage, warum dieses Datum so ausschlaggebend und entscheidend sein mußte. Augenscheinlich nur deshalb, weil der Realsozialismus sich als unfähig erwiesen hatte, die ursprünglichen sozialistischen Ideale – freie Selbstverwirklichung der Individuen, demokratisch organisierte gesellschaftliche Beziehungen und nicht zuletzt entwicklungs-fähige ökonomische und sozialpolitische Verhältnisse – so zu verwirklichen, daß die Bürger dieses Landes, darunter die Mehrzahl der Mitglieder der nominell führenden Partei, ihre Interessen noch vertreten sahen. Auch hier ist sicher ein Streit um Begriffe möglich; in den Programmentwürfen werden unterschiedliche Betrachtungsweisen sichtbar. Eine Charakterisierung des DDR-Sozialismus als ein von der Sowjetunion importiertes, stalinistisch geprägtes, staatssozialistisches System dürfte wahrscheinlich am tragfähigsten sein. Jeder der Begriffe hat Vor- und Nachteile. Deutlich muß nur werden, daß dieser Sozialismus eben Schatten seiner selbst blieb; daß grundlegende Charakteristika einer von Ausbeutung und Unterdrückung befreiten Gesellschaft mündiger Bürger, die ihre eigenen Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen, fehlten, weil ihre Ausprägung im Interesse der Machtsicherung einer kleinen Kaste verhindert wurde. Es handelt sich hier um genetische Fehler des praktizierten Staatssozialismus, die in mancherlei Hinsicht zwar durch die Härte der inneren und der Systemauseinandersetzung erklärbar sind, aber keine Rechtfertigung finden können.

Es bleibt erforderlich, den Zwiespalt zwischen dem Handeln der politischen Führung einerseits und dem der aktiven und passiven Gestalter dieser Gesellschaft andererseits deutlich zu machen. Ein Programm einer Partei des demokratischen Sozialismus ist ohne diese Totalkritik des praktizierten, diktatorischen, undemokratischen Sozialismus unmöglich, wobei allerdings einer Reduktion allein auf diese reaktionären Züge ebenso konsequent zu widerstehen ist. Nicht nur die Biographie des einzelnen Mitglieds, sondern erst recht die – wenn oft auch nur ansatzweise realisierte – Verwirklichung von demokratischen und sozialistischen Idealen, nicht zuletzt der Arbeiterbewegung, muß gewürdigt werden. Die bleibenden historischen

Leistungen wie Bildungschancen für Unterprivilegierte, polytechnische Bildung für alle, Gleichberechtigung der Frau, medizinische Versorgung über Polikliniken, Würdigung der Arbeit usw. müssen sowohl in ihrer Progressivität, nicht zuletzt gegenüber den westlichen Realitäten, gesehen werden als auch in die undemokratischen Strukturen eines von der SED-Führung bestimmten Systems eingeordnet werden. Dieser Demokratiemangel begünstigte Stagnation und beschädigte zunehmend alle wirklichen Errungenschaften in einem Maße, daß sie schließlich nicht mehr verteidigungswert schienen.

### *Statt Rechtfertigungen*

Wenn es um den Sozialismus auf deutschem Boden geht, sollte in einem Programm der PDS auf vier Traditionslinien positiv Bezug genommen werden: *erstens*: die Gründung der DDR als eines unvollkommenen, auch fremdbestimmten, aber legitimen Versuches alternativer Entwicklung jenseits von Kapitalismus und Faschismus, wobei ebenfalls die Gründung der Bundesrepublik zu diskutieren ist – nicht nur unter dem Aspekt der Kontinuitäten, sondern auch der Brüche; *zweitens*: die Gesamtheit der antistalinistischen Opposition und Dissidenz sowohl in der DDR als auch in den deutschen und internationalen linken sozialen wie politischen Bewegungen ebenso wie alle Bewegungen gegen Unterdrückung, Ausbeutung, Militarismus und Umweltzerstörung Westdeutschlands; *drittens*: das Jahr 1968 als das für die beiden Staaten auf deutschem Boden entscheidende Jahr des Übergangs zu einer Gesellschaftsentwicklung, in der die neuen Produktivkräfte langsam, aber zwingend nach mehr Demokratie, mehr individueller Selbstbestimmung drängten und deren Entwicklung beide Gesellschaften mehr oder minder auch selbst beeinflussen. Für die DDR bildete der Prager Frühling dabei die entscheidende Markierung. Der eigene weit vorsichtigere, jenseits einer Demokratisierung gelegene und deshalb unvollkommenere NÖS-Reformversuch wurde beendet, während in der Bundesrepublik die Studentenbewegung mit ihrer antifaschistischen, anti-US- und anti-autoritären Ausrichtung einen politischen Kulturwandel einleitete.

Und *viertens* zählt dazu das Jahr 1989, in dem die DDR-Bürger mit der revolutionären Erneuerung ihres sozialistischen Staatsgebildes eine Rückkehr zu den sozialistischen und demokratischen Wurzeln ihres Gesellschaftswesens anstrebten. Darin war ein Veränderungsanspruch gegenüber der Bundesrepublik enthalten, jene Vorstellung von der »doppelten Modernisierung«, die im Verfassungsentwurf des Runden Tisches ihren Ausdruck fand. Durch das Eingreifen des westdeutschen Akteurs ist diese Entwicklung frühzeitig unterbrochen worden und in einen Prozeß des Anschlusses, ja einer tendenziellen Kolonialisierung in den Sog der neoliberalen Umgestaltung des Kapitalismus hineingezogen worden.

### *Zivilisatorische Errungenschaften vor der Unkenntlichkeit?*

Diese neoliberale Brechung emanzipatorischen Potentials in Ost wie West ist eine zentrale Erfahrung, die in einer Analyse der heutigen kapitalistischen Gesellschaft ihren Niederschlag finden muß, weil sie – trotz durchaus aktuell zu beobachtender Versuche einer gewissen sozialen Drapierung mancher Entscheidungen – jene zivilisato-

rischen Errungenschaften der modernen bürgerlichen Gesellschaft angreift, die einen Fortschritt gegenüber der staatssozialistischen Praxis darstellten. Dabei hat sich die westliche, kapitalistische Gesellschaft nach dem 11. September 2001 vielleicht kenntlicher, weil offener kapitalistisch und imperial entlarvt als bislang von PDS-Programmschreibern aufgezeigt. Die schönsten Freiheitsgüter, die zivilisatorischen Errungenschaften der modernen bürgerlichen Gesellschaft erweisen sich als weit fragiler, als Linke noch 1989/90 angesichts der stalinistischen Verheerung annahmen. Sie waren kein Geschenk, sondern Resultat politischer Kämpfe in den westlichen Metropolen und in der Systemauseinandersetzung. Die DDR spielte hierbei durchaus einen motivierenden Part. Heute zeigt sich, wie schnell nach dem Wegfall dieser Gegenmächte die herrschenden politischen Kräfte bereit sind, diese Errungenschaften zu liquidieren. Nur neue Gegenmächte werden diese Kräfte aufhalten können. Die PDS wird lernen müssen, die Dinge auch im Parteiprogramm beim Namen zu nennen und mit radikalen Gegenentwürfen einen Politikwechsel einzufordern, ohne ihre Geschichte zu verleugnen.